

A k t e n n o t i z

Gestern Nachmittag besuchte Herr Dr. M e n z e l , Präsident des Landesarbeitsamtes, das Institut. An eine Besprechung zu einer von Präsident Menzel erbatesenen dienstlichen Auskunft betreffend die Übernahme von Mitgliedern der Sudetendeutschen Partei in die NSDAP schloss sich eine längere Unterhaltung an, in der Herr Menzel aus seinen Erinnerungen vornehmlich zur Geschichte der Weimarer Republik berichtete.

Herr Menzel ist Verwaltungsbeamter, der über die Stellen eines Stadtrates (in Breslau?), Land- und Regierungsrates zum Polizeipräsidenten in Magdeburg befördert wurde und schließlich in den letzten Jahren der Weimarer Republik als Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung I im Reichsinnenministerium eine Schlüsselstellung inne hatte. Als Polizeipräsident hat er wesentlich zur inneren Reform der Polizeiverwaltung beigetragen; Magdeburg galt als Muster-Polizeipräsidium, bei dem alle Neuerungen erprobt und von dort aus auf die anderen Polizeipräsidien übertragen wurden. Er war auch führend am Aufbau der Politischen Polizei in Preußen tätig und hat sich auf diesen beiden Gebieten so ausgezeichnet, daß ihm die genannte Stelle im RmDI übertragen wurde. Bis 1918 gehörte er der Nationalliberalen Partei an, später der SPD.

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches fand Herrn Menzel in Breslau beim Stellvertretenden Generalkommando. Er berichtet sehr anschaulich über die letzten Tage vor dem nahenden Zusammenbruch in Breslau und wie es durch ein beherztes Eingreifen der Parteiführer und der Stadtverwaltung gelang, in Breslau größere Unruhen und ein Blutvergießen zu vermeiden. Wie bei jedem Umbruch habe jede Verbindung im Lande aufgehört, Weisungen von Berlin seien nicht mehr durchgekommen und die Kommunalverwaltungen seien die entscheidenden Faktoren geworden. Der Gedanke der Bildung einer Bürgerwehr, der von dem Landesverbandsvorsitzenden der Nationalliberalen für Schlesien, Grundt, gemacht worden sei, sei von ihm, Menzel, als ungeeignet abgelehnt worden, da in der jetzigen Situation die Arbeiter und das zurückkehrende Heer als die entscheidenden Faktoren

betrachtet werden müßten. Es gälte daher, mit den Arbeiterführern Verbindung aufzunehmen und einen Aktionseusschuss zu bilden, der Vertreter aller politischen Gruppen umfaßte. Dieser Gedanke wurde am 8. November verwirklicht, wobei Herr Menzel darauf hinwies, daß den Stadtverwaltungen im Rahmen der Stein'schen Städteordnung, auf die er zurückgriff, die Möglichkeiten zu selbständigem Handeln im Falle von Unruhen gegeben seien. Am Abend des 8. November fanden Beratungen dieses Ausschusses statt, der eventuell zu ergreifende Maßnahmen für den Fall eines Zusammenbruches besprach und einen Aufruf an die Bevölkerung vorbereitete. Der Kommandierende General in Breslau ließ, von dem Hinweis auf die Stein'sche Städteordnung beeindruckt, dem Ausschuss freie Hand. Auch Paul Löbe gehörte ihm an. In den Beratungsraum drängten sich immer mehr revolutionäre Gestalten ein, die schließlich die Beratung unterbrachen und einen Demonstrationmarsch der Massen auf das Haus des Stadtkommandanten von Breslau, des Grafen Pfeil, propagierten. In diesem kritischen Augenblick griff Menzel ein, wies darauf hin, daß die Stadtkommandantur in der Altstadt mit ihren engen, winkligen Gassen läge, und daß das Schlimmste zu befürchten sei, wenn die Massen sich durch diese Gassen drängen müßten. Er schlug statt dessen die Bildung eines Ausschusses vor, der dem Grafen Pfeil die Forderungen der neuen Zeit vortragen sollte. Dieser Vorschlag wurde angenommen und bog damit dem Aufruhr die Spitze ab. Graf Pfeil fand sich bereit, sich dem Ausschuss zu unterstellen, sofern es sich bei den ihm gegebenen Weisungen um die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung handle, während der Ausschuss die politische Verantwortung aller Handlungen übernehmen müßte. In die Besprechungen beim Grafen Pfeil platzten schon Nachrichten von Soldatenunruhen in mehreren Kasernen herein. Graf Pfeil stellte den Ausschussmitgliedern einige Kraftwagen zur Verfügung und Paul Löbe, Menzel und zwei oder drei andere Ausschussmitglieder fuhren in die verschiedenen Kasernen, hielten dort Ansprachen und ließen die Unruhestifter kurzerhand verhaften. Auf diese Weise gelang es, gewissermaßen durch eine "Stadtratsrevolution" die Überleitung in die neuen Verhältnisse auf friedliche Weise ohne Blutvergießen durchzuführen.

Über die Interna der ersten Kandidatur Hindenburgs zur Präsidentschaft sei am besten Jaenicke, ehemals Chefredakteur des Hannover'schen Kurier, unterrichtet, der jetzt am Walchensee wohnt. Herr Menzel ist gerne bereit zu ihm eine Verbindung herzustellen, ebenso auch wie zu Spangenberg, dem Schwiegersohn von Edgar Jung und jetzigen Inhaber des Nymphenburg-Verlags. Die Wiederwahl Hindenburgs auch mit den Stimmen der SPD sei vor allem das Werk des Fraktionsführers Heilmann gewesen, der die Partei mit dem Argument gewonnen habe, daß es durch diese Konstellation gelingen würde, Hindenburg von der ihn jetzt bekämpfenden Rechten zu trennen und auf die demokratischen und sozialistischen Wähler zu verpflichten. Doch bezeichnend für die gründliche Verkennung der Situation durch Heilmann sei es gewesen, daß gerade zu dieser Zeit Hindenburg mit Bezug auf die schwarzrotgoldene Fahne, die anlässlich eines Feiertages über dem Reichspräsidenten-Palais geflattert habe, gesagt habe, daß er diesen roten Lappen nicht mehr über dem Hause sehen möge.

Zur Reichspräsidentenwahl 1932 wurde im Reichsinnenministerium geprüft, ob nicht Hitler überhaupt als wahlunfähig erklärt werden könne, da der Versuch, ihm über die Verleihung einer Beamtenstellung das deutsche Bürgerrecht zu geben, als *fraus legis* angesehen werden müsse. Menzel als Ministerialdirektor I habe seinen Referenten, Ministerialrat Dr. Lammers, mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Votums beauftragt. Doch habe Lammers in einer persönlichen Unterredung gebeten, ihn von diesem Auftrage zu entbinden, da er eine andere Auffassung vertreten. Daraufhin habe Ministerialdirigent Menzel ein solches Votum selbst ausgearbeitet, kann aber nicht sagen, ob es die Zustimmung seines Ministers gefunden habe oder erst im Kabinett selbst gescheitert sei.

Es ist auch erwogen worden, Lammers aus dem RMDI zu entfernen. Lammers habe dem Harzburger Treffen als Zuschauer beigewohnt und habe aus der hochfahrenden Behandlung durch Hitler, die sich DNVP und Stahlhelm gefallen ließen, den Schluss gezogen, daß die Nazis die kommende Macht verkörperten. Lammers in seinem grenzenlosen Ehrgeiz sei offenbar bald danach in die NSDAP einge-

treten, doch habe man diesen Nachweis nicht erbringen können, denn die Mitgliedslisten der der NSDAP angehörenden Beamten in den letzten Jahren der Weimarer Republik wurden von den Nazis geheim geführt. Da somit ein schlüssiger Beweis für die Parteiliederschaft von Lammers nicht zu erbringen war, nahm man von einem Verfahren gegen ihn Abstand, denn die Mitgliedschaft bei der DNVP war mit der Zugehörigkeit zum RMDI durchaus vereinbar.

Herr Menzel erwähnte eine weitere Erörterung, in dieser Zeit noch gegen die Nazis einzuschreiten, und zwar waren Erwägungen im Gange, gegen Frick in Thüringen mit der Reichsexekution vorzugehen. Menzel hätte in diesem Falle als Reichskommissar die Exekution durchführen sollen.

Aus dieser Zeit datiert seine Freundschaft mit General von Hammerstein. Dieser äußerte sich in schärfsten Worten (1933 oder 34?) über Hindenburg; er sei ein "Charakterschwein" und durch Neudeck bestochen worden und von ihm sei gar nichts zu erwarten. In späteren Unterhaltungen mit Hammerstein über Widerstandsmöglichkeiten waren sich der General wie Ministerialdirektor Menzel darüber klar, daß ein erfolgreicher Aufstand nicht ohne Blutvergießen abgehen würde und daß es darauf ankomme, schlagartig überall die vollziehende Gewalt in die Hand zu bekommen, d.h. neben Hitler und seiner Umgebung auch sofort sämtliche Gauleiter zu beseitigen und die Nachrichtenmittel zur Verfügung zu haben. Man war sich auch klar, daß ein besonderes Problem die jungen Offiziere sein würden, die von der sieghaften Dynamik des Nazismus fortgerissen waren. Als bezeichnend für ihre Haltung führt Herr Menzel das Beispiel seines eigenen Sohnes an. Mit Hammerstein als Paten sei er in das Potsdamer Infanterieregiment 9 als Offizier gekommen, habe mit ihm in Russland gekämpft und sei dort verwundet worden. Er habe aber gedrängt, seinen Genesungsurlaub abzukürzen, nicht weil er für Hitler kämpfen wollte, aber der Gedanke, seine Kameraden im Dreck im Stich zu lassen, sei ihm unerträglich gewesen. In Kenntnis dieser Haltung der jungen Offiziere habe Hammerstein nur geglaubt, daß ein Widerstandsbefehl lediglich von höchster militärischer Stelle gegeben Erfolg haben könne.

1933 wurde Ministerialdirektor Menzel aus seinem Amt entfernt, blieb aber in seiner Dahlemer Dienstwohnung unbehelligt und verkehrte auch recht unbehindert mit seinen alten politischen Freunden. Später jedoch (etwa 1938?) wurde er einmal aufs Polizeipräsidium bestellt und von einem höheren Gestapobeamten, den er selbst nicht kannte, der aber seinerseits sich als alter Polizeibeamter zu erkennen gab, zu etwasmehr Vorsicht in seinem persönlichen Umgang ermahnt, er würde selbst zwar nicht überwacht, aber etwa ein Mann wie Severing, wenn er von Bielefeld nach Berlin käme, und er hat ihn, Menzel, in seiner Wohnung besucht, wie auf die Stunde genau angegeben werden könnte.

1939 wurde Herrn Menzel die Berliner Wohnung gekündigt. Da er dann aber dem Staatsrat Wilhelm Bürger, Reichsarbeitsministerium, der diese Wohnung gerne haben wollte, dazu verhalf, war Bürger seinerseits ihm gefällig, daß er nicht während des Krieges in ein Amt mit politischer Färbung, etwa irgend eine Polizeistellung in den besetzten Gebieten berufen wurde, sondern in ein lediglich gänzlich unpolitisches Amt in der Arbeitsverwaltung eingewiesen wurde.

Zum Abschluss der etwa einstündigen Unterredung stellte sich Herr Menzel jederzeit für irgendwelche Befragungen zur Verfügung, erbot sich, erwünschte Bekanntschaften, evtl. auch auf gesellschaftlicher Basis herzustellen, und schließlich stellte er auch dem Institut für kleinere Veranstaltungen oder vielleicht Diskussionsabende einen sehr geeigneten Saal im Landesarbeitsamt zur Verfügung.

München, den 5. Mai 1954

gez. Kleuke.

Schreiben
v. 6. 11. 57

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

DR. HANS MENZEL

Ministerialdirektor i. R.



25-674 -7
MÜNCHEN-OBERMENZING, 6.11.1957
Verdistraße 137 · Telefon 80873

Herrn
Dr. Thilo Vogelsang
Institut für Zeitgeschichte

München 27

Möhlstraße 26

Institut für Zeitgeschichte

Eingeg. am:	12. Nov. 1957
geb.-Nr.	Re.

ber
für
Sinter
lo

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang!

Für den mir mit Schreiben vom 28.8.57 übersandten Brief des ehemaligen Oberregierungsrats Dr. Erbe vom 9. April 1932 danke ich Ihnen.

Ihre Frage, ob ^{ich wisse, daß} am 5. April die von Pünder erwähnte interministerielle Sitzung im Reichsinnenministerium stattgefunden habe, in der ein Verordnungsentwurf für das Verbot der SA beraten worden sei, muß ich verneinen. Das Material und die zahllosen Vorgänge für einen solchen Verordnungsentwurf hatte ich schon einige Zeit vorher Herrn Staatssekretär Zweigert übergeben, der Entwürfe von solcher Bedeutung selbst zu erstellen pflegte. Ich nehme an, daß in der Zeit zwischen dem 6. und 8. April Zweigert den Entwurf unter Zuziehung der beteiligten Ressorts hergestellt hat.

Zu dem Schreiben Erbes nehme ich in der Anlage Stellung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

H. Menzel

Anlage zum Brief vom 6.11.1957

Die Darstellung Erbes über die Zustände im Reichsinnenministerium unter Wirth und Groener ist falsch. Organisatorisch war das Reichsinnenministerium durchaus in Ordnung. Besonders Groener war ein ausgezeichnete, klar denkender Organisator. Auch die Darstellung Erbes über die Stellung der Beamtenschaft zu den beiden Reichsministern ist falsch. Die große Mehrzahl - zur Minderheit gehört Erbe - war durchaus loyal.

Mit Reichsminister Wirth habe ich gut zusammengearbeitet, nachdem er anfänglich daran gedacht hatte, einen seiner Parteifreunde (Dr. Spiecker) an meine Stelle zu setzen. Seinen ersten Schritten in der Thüringer Frage habe ich widerraten. Es dauerte nicht lange, bis er in den Weg Severings einlenkte. An der abschließenden Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig, kurz vor Weihnachten 1930, in welcher der Fall verglichen wurde, habe ich teilgenommen. Reichsminister Wirth war herzkrank. Darauf führe ich seine manchmal schwankende Haltung zurück.

Mit der Geschäftsübernahme durch Exzellenz Groener änderte sich das. Von ihm, der einen knappen und klaren Vortrag verlangte, war jederzeit eine eindeutige Entscheidung zu erhalten. Die Behauptung Erbes, er sei überhaupt nicht mehr fähig, die politische Lage zu übersehen, ihm fehle der klare Blick und das politische Ziel, ist ungeheuerlich. Auch seine Beurteilung des Staatssekretärs Zweigert ist ungerecht. Mit beiden habe ich und der Leiter der Unterabteilung, Ministerialdirigent Dr. Häntzschel, von Anfang bis Ende gut zusammengearbeitet. Eine Abteilung "M" hat es de facto, nicht, jedoch de jure gegeben. Es war das von Groener sogenannte "Morgengebet", an dem Häntzschel und ich natürlich teilnahmen. Anfänglich war auch einige Male Erbe dabei, dessen weitschweifige Darstellung aber Exzellenz Groener nicht zusagte. Eine bedeutsame Rolle spielte der jetzige Regierungspräsident in Düsseldorf, Bau-richter, der sich durch Klugheit und Diskretion auszeichnete.

Er war auch in den Verkehr von Exzellenz Groener mit dem Reichswehrministerium eingeschaltet.

Wie aus Erbes Brief hervorgeht, haßte dieser seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den Ministerialdirigenten Häntzschel; er empfand wohl, daß Häntzschel ihm nicht volles Vertrauen schenkte. Niemand kannte Häntzschel besser als ich. Er war Landrat in der Provinz Sachsen und, kurz bevor ich Polizeipräsident von Magdeburg wurde, nach Berlin versetzt worden. Wir wohnten beide in der Beamtensiedlung an der Holländischen Mühle in Zehlendorf. Ich nahm ihn täglich in dem mir zur Verfügung stehenden Wagen mit ins Amt. Wir frühstückten oft zusammen, und abends fuhr er gewöhnlich mit mir nach Hause. Häntzschel war ein ungewöhnlich begabter, politisch scharfsinniger Mann, der über Pressebeziehungen wie kaum ein zweiter verfügte. Zu dem amtlichen Material, das wir über die radikalen Flügelparteien von den Innenministerien der Länder und aus anderen Quellen erhielten, steuerte Häntzschel besonders das zu, was er aus seinen Pressebekanntschaften erhielt. Wir legten Exzellenz Groener jeden Morgen kurze Berichte über Nationalsozialisten und Kommunisten und ihre Taten während der letzten 24 Stunden vor. Es ist richtig, daß wir beide in der Beurteilung Hitlers und seiner Bewegung völlig übereinstimmten; daß diese Beurteilung, und nicht diejenige Erbes, richtig war, hat die Geschichte bewiesen. Die uns bekannten Pläne Schleichers, unter dem General von Stülpnagel eine allgemeine Wehrsportorganisation zu errichten und die SA dort hinein zu dirigieren, hielten wir für eine Utopie.

Groener war durchaus mit dem Briefe an den preußischen Innenminister einverstanden, den Häntzschel entworfen und der Staatssekretär gegengezeichnet hatte, mußte er doch mangels einer Reichspolizei auf die Länderpolizeien zurückgreifen. Der Brief hatte neben der Bitte um Materialbeschaffung im weitesten Sinne wohl noch den Zweck, Severing zu einer persönlichen Fühlungnahme mit Groener zu veranlassen. Die Aus-

legung, die Erbe ihm gibt, halte ich für einen Kurzschluß. Den aktuellen Anlaß zu der Haussuchung am 17. März gaben die Berichte der Ober- bzw. Regierungspräsidenten von Magdeburg, Hildesheim und Schleswig.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv


SPEZIAL-POST



SPI